DBK Hotline Sexueller Missbrauch

Wir sind Kirche zu dem heute vorgestellten Abschlussbericht

Pressemitteilung München/Trier, 17. Janaur 2013

Die KirchenVolksBewegung *Wir sind Kirche* bedauert sehr die zum Jahresende 2012 vorgenommene Abschaltung der Hotline der Deutschen Bischofskonferenz (DBK) für Betroffene sexuellen Missbrauchs, zu der der Missbrauchsbeauftragte der DBK, der Trierer Bischof Dr. Stephan Ackermann, heute in Trier einen Abschlussbericht vorgestellt hat.

Wenn jetzt auf die Beratungsangebote in den einzelnen Bistümern verwiesen wird, so ist nicht hinnehmbar, dass **in einzelnen Diözesen immer noch Domkapitulare und andere Mitglieder der Bistumsleitung als Ansprechpersonen für Betroffene angegeben werden. Dies stellt kein niederschwelliges Beratungsangebot dar.** Auch stellt sich die Frage, ob z.B. Telefonnummern der Sekretariate von Rechtsanwaltspraxen die bisherige mit geschulten Fachkräften besetzte Hotline ersetzen können.

Wir sind Kirche begrüßt, dass Bischof Ackermann und Dr. Andreas Zimmer, Leiter der Beratungsdienste des Bistums Trier und Fachverantwortlicher für die Hotline der DBK, jetzt von „sexueller Gewalt“ sprechen und nicht mehr den verharmlosende Begriff „sexueller Missbrauch“ verwenden.

Bei der heute vorgestellten und allen weiteren Forschungen sollten aber auch die durch das System der römisch-katholischen Kirche bedingten Ursachen intensiv untersucht werden, wie Autoritäts- und Gehorsamsstrukturen, Sexuallehre, Lebensform der Priester etc. Nur dies wird zukünftig eine wirksame Prävention ermöglichen, die mehr ist als nur eine Verlagerung der Verantwortung auf die unteren Ebenen durch bürokratische Selbstverpflichtungen.

Wir sind Kirche warnt eindringlich davor, die am 7. Dezember 2012 ebenfalls in Trier von Bischof Dr. Ackermann, vorgestellten Ergebnisse der von Prof. Dr. Norbert Leygraf geleiteten Studie als Entwarnung für die Kirche zu interpretieren. Danach seien nur fünf Prozent der Täter wirklich pädophil (was für die Opfer keinen Unterschied macht!) und fast alle Täter weiter in der Pastoral einsetzbar (ein krasser Widerspruch zu der von Papst Benedikt XVI. geforderten Null-Toleranz-Politik!). Das Manko dieser Studie: Es wurden nur 78 von den Bischöfen handverlesene Täterakten ausgewertet.

Bei aller Anerkennung der verschiedenen Einzelmaßnahmen in den vergangenen drei Jahren mehren sich allerdings die Zeichen, dass einige der von den deutschen Bischöfen im Krisenjahr 2010 in allerhöchster Not eingeleiteten Maßnahmen schon wieder zurückgefahren werden. Es ist zu befürchten, dass der damals von der Bischofskonferenz als Missbrauchsbeauftragter eingesetzte Trierer Bischof Dr. Stephan Ackermann als einer der jüngsten Bischöfe sich zu wenig gegen die beharrenden Kräfte in der Bischofskonferenz durchsetzen kann. Auch der damals von den deutschen Bischöfen versprochene „Dialogprozess“ sehr schnell zu einem von ihnen kontrollierten unverbindlichen und langjährigen „Gesprächsprozess“ herabgestuft.

Die KirchenVolksBewegung *Wir sind Kirche* hatte im Jahr 2002 – nach der Aufdeckung sexualisierter Gewalt in den USA – ein eigenes „Not-Telefon“ eingerichtet, das in zehn Jahren mehr als 400 jetzt oder früher von sexueller Gewalt durch Priester und Ordensleute betroffene Menschen beraten und begleitet hat. Ein telefonisches Hilfs- und Beratungsgebot dieser Art hatte *Wir sind Kirche* seit 2002 auch von den deutschen Bischöfen gefordert – das diese dann aber erst im Jahr 2010, dem „annus horribilis“ für die römisch-katholische Kirche in Deutschland eingerichtet haben. Am 28. Januar 2010 hatte der Jesuit Klaus Mertes, damals Leiter des Berliner Canisius-Kollegs, den Anstoß gegeben für die Aufdeckung des jahrzehntelangen

systematischen Verschweigens und Vertuschens sexualisierter Gewalt in der katholischen Kirche.

Pressekontakt:
Christian Weisner, Tel: 0172-518 40 82, E-Mail: presse@wir-sind-kirche.de

Mehr Informationen zu diesem Thema: www.wir-sind-kirche.de/?id=243

> Pressemeldung der DBK vom 17.01.2013: Deutsche Bischofskonferenz stellt Abschlussbericht zur Hotline für Betroffene sexuellen Missbrauchs vor

Zuletzt geändert am 06.02.2013